

Dresdner Volkszeitung

Redaktion: Dresden,
Camp. Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:
Gedr. Urmold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frangobrief monatlich 6,00 M., durch die Post
zusätzlich 15,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich
8,50 M., Einzelnummer 20 Pf.

Schriftleitung: Zeitungsverlag 10, Tel. 25261.
Erscheinung nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Zeitungsverlag 10, Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 Spalten Komposition 2,00 M., Familienanzeigen
1,50 M., die 6 Spalten Komposition 1,50 M. Bei mehrmaliger Aufnahme
ermäßigend. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung
zur Aufnahme an vorbestimmten Tagen. Für Preisnachlassungen 40 Pf.

Nr. 97

Dresden, Mittwoch den 27. April 1921

32. Jahrg.

Die 200 Milliarden

Deutschlands neues Angebot

Die neuen deutschen Anerbietungen für die Wiederherstellung gehen noch über das hinaus, was Deutschland in den vorhergehenden Jahren bei allen Parteien und in allen Kreisen Deutschlands überbereinstimmend darüber bezeugt hat, dem Londoner Angebot die Grenzen des Möglichen setzen will, kommt den Forderungen der Entente sehr nahe. Nach dem Pariser Beschlusse sollte sich die Gesamtsumme der Reparationen auf 226 Milliarden Mark belaufen. In der amerikanischen Forderung ist eine Gesamtsumme von 200 Milliarden angegeben. Die Verzinsung und Tilgung unserer Wiedergutmachungsschuld wird auf dreizehn Jahre hinaus jährlich Zahlungen von 10 Milliarden Goldmark an die Entente erfordern. Es unter Volk tatsächlich imstande sein wird, das zu zahlen, kann heute kein Mensch sagen. Es genügt ja nicht, daß wir die Arbeitskraft so anspannen und unser Wirtschaftswesen so gut organisieren, daß wir die zur Zahlung der gesamten Summe nötigen Werte hervorbringen, sondern es muß auch notwendig sein, daß wir für unsere Erzeugnisse im Ausland Absatz finden. Ob uns das möglich sein wird, das ist nicht nur von Deutschland ab. Geraten wir aber mit den Zahlungen in Bezug, so erhebt sich immer wieder vor uns die Gefahr, daß unsere Gläubiger zu Gewaltmaßnahmen in die Welt gehen, die unser Wirtschaftswesen aufs schwerste schädigen. Bleibt also nur übrig, darauf zu hoffen, daß uns die jugendliche Wirtschaftsentwicklung in einer vorläufig nicht erwarteten Weise zu Hilfe kommt. Es ist möglich, daß an die Spitze der Reparationen, unter der heute infolge des Krieges Welt noch leidet, in vielleicht nicht allzu langer Zeit Wohlstand und Heberlauf treten. Die Produktivkräfte, die der Welt zur Verfügung stehen, sind ungeheuer, und wenn wir sie besser ausnützen, wenn wir auch Frankreich, einmal von ihren Wirtschaftswunden und Finanznöten befreit sind, so wird man nicht auch im Entente-Lager die Wiedergutmachungsfrage so ansehen als heute. Auf jeden Fall, auch wenn jetzt auf Grundlage der deutschen Vorschläge eine Einigung zu kommen, geht das deutsche Volk einer unjücheren und glücklicheren Zukunft entgegen.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß das Spiel mit 200 Milliarden schädlich und gefährlich ist. Man hätte man die Behandlung der Wiedergutmachungsfrage anders gestalten können, wenn die deutsche Regierung einwilligender wäre, wenn sie rechtzeitig versucht hätte, die öffentliche Meinung der Welt für eine Lösung der Wiedergutmachungsfrage durch bestimmte Sachleistungen zu gewinnen, das Besondere läßt sich jetzt nicht mehr nachholen, und die deutsche Regierung nichts anderes übrig, als ein Zahlungsangebot zu machen. Ob damit wenigstens zunächst Gewaltmaßnahmen, ob vor allem die Verletzung des Neutralitätsrechtes, bleibt abzuwarten. In Frankreich sind seltsame einflussreiche Kreise vorhanden, die wünschen, daß in allen Umständen die französischen Truppen weiter nach Deutschland hineinarücken. Der Geist der Gewalttätigkeit, nach Schaden des deutschen Volkes die herrschenden Schichten, allen Deutschlands beherrschen, hat nun bei der Entente, besonders in Frankreich, einen nur zu guten Boden gefunden.

Die nationalistische Presse weit natürlich Ost und West die Regierung und gegen Simon. Die Deutsche Tageszeitung macht dem Außenminister einen Vorwurf daraus, daß seine „Wahrheitsoffensive in der Schuldenfrage“ unternommen wurde. Man glaubt das Wort wirklich, daß es dem deutschen Volke ein wenig nützen würde, wenn heute Simon's Wäre Deutschland noch so klar nachweisen könnte? Wäre Deutschland Sieger im Weltkrieg gewesen, würden gerade die Leute der Deutschen Tageszeitung durchaus nicht für eine Übertragung deutscher Forderungen zu haben sein, weil irgend gegnerischer Staatsmann die Schuldlosigkeit seines Landes behauptet.

Und mag es auch noch so richtig sein, daß Deutschland im Weltkrieg nicht gewollt hat, so haben sich die maßgebenden Kreise Deutschlands, vor allem Wilhelm II. selbst, in den entscheidenden Wochen des Jahres 1914 doch so läppisch und so selbstlos benommen, daß man von dem Ausland gar nicht verlangen kann, es solle uns glauben, daß Deutschland keine Schuld am Ausbruch des Weltkriegs trage.

Wir sind es ja gewohnt, daß die Leute von der nationalistischen Presse bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit so tun, als wenn die nationale Würde nur bei ihnen in der Hand wäre. Leichtfertig und gewissenlos hegt diese Presse auf los und, sie hat durch ihr Verhalten dem deutschen Volke unendlich Schaden gebracht. Unsere obdunkelnden Leute sind nicht daran, daß Millionen unserer Volksgenossen von neuer schwerer Not bedroht sind, wenn es nicht in letzter Stunde gelingt, zu einer Einigung mit der Entente zu kommen. Die Herren von Wohlstandsbefürwortern, die hinter den nationalistischen Vorhang leben, brauchen ja nicht zu hungern, auch wenn die Welt der Nationen des deutschen Volkes noch so groß wird.

Dem herabwertenden amerikanischen Weltanschauungsträger in Berlin ist am 24. d. M. folgende Rede übergeben worden:

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat durch ihr Memorandum vom 22. April in der fernsten Welt die Möglichkeit eröffnet, nochmals auf dem Wege von Verhandlungen das Reparationsproblem zu lösen, bevor es durch Zwangsmassnahmen unauflösbar gemacht ist. Die deutsche Regierung würdigt diesen Schritt der amerikanischen Regierung nach seiner ganzen Bedeutung. Sie hat sich bemüht, in den nachstehenden Vorschlägen das äußerste anzubieten, was nach ihrer Ueberzeugung die deutsche Wiedergutmachung bei günstiger Entwicklung aufzubringen vermag. Sie lautet folgendermaßen:

1. Deutschland erklärt sich bereit, zum Zwecke der Reparation eine Gesamtverpflichtung von 20 Milliarden Goldmark gegenwärtig anzuerkennen. Deutschland ist auch bereit, den Wert dieser Summe in Annuitäten, die seiner Leistungsfähigkeit angepaßt sind, zum Gesamtbezug zu zahlen.

200 Milliarden Goldmark

zu zahlen. Deutschland will seine Zahlungsverpflichtungen in nachstehender Form realisieren:

2. Deutschland legt sofort eine

internationale Anleihe

auf, deren Höhe, Zinssatz und Amortisationsklauseln zu vereinbaren wären. Es wird sich an dieser Anleihe beteiligen und die weitgehende Vergünstigungen genießen, die auch mit solchen Unterlagen ausstatten, daß ein möglichst großes Aufkommen erwartet werden kann. Der Betrag dieser Anleihe wird den Anleihen zur Verfügung gestellt.

3. Den Betrag der zu zahlenden Summe, der durch die internationale Anleihe nicht gedeckt ist, wird Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit verzinsen und amortisieren. Deutschland hält sich für die Zeit nur eine Verzinsung von 4 Prozent jährlich für möglich.

4. Deutschland ist bereit, die beteiligten Mächte an einer Verbesserung seiner Finanz- und Wirtschaftslage teilhaben zu lassen. Die Amortisation der Restsumme wäre zu diesem Zweck variabel zu gestalten. Im Falle der Verbesserung für die ein Jahrfristige festzusetzen wäre, würde sie steigen, im Falle der Verschlechterung entsprechend sinken.

5. Um die Restsumme möglichst rasch abzurufen, will Deutschland sich mit aller Kraft an dem

Wiederaufbau der zerstörten Gebiete

beteiligen. Es hält den Wiederaufbau für die dringendste Aufgabe der Reparation, weil damit am unmittelbarsten Kriegsschmerz und Völkerverhaß gemindert werden. Deutschland erbietet sich, den Wiederaufbau bestimmter Städte, Dörfer und Höfen selbst zu übernehmen oder auf jede andere den Mächten erwünschte Weise mit seiner Arbeit, seinen Materialen und seinen Hilfsmitteln am Wiederaufbau mitzuwirken. Die Kosten seiner Leistungen würde es selbst zu tragen haben. Näheres ist hierüber in der deutschen Wiederaufbaukommission an die Reparationskommission gefügt.

6. Zum gleichen Zweck ist Deutschland bereit, über den Wiederaufbau hinaus nach einem möglichst rein kaufmännischen Verfahren Sachleistungen für die geschädigten Staaten zu übernehmen.

7. Um den unternehmenden Beweis seines guten Willens zu geben, ist Deutschland bereit, der Reparationskommission alsbald den Betrag von 1 Milliarde Goldmark in folgender Form zur Verfügung zu stellen:

- a) 150 Millionen Goldmark in Form von Gold, Silber und Devisen,
- b) 850 Millionen Goldmark in Reichsbankguthaben, die längstens innerhalb drei Monaten in Devisen und ausländischen Wertpapieren einlöslich werden.

8. Falls es dem Wunsch der Vereinigten Staaten von Amerika und der Mächten entsprechen sollte, würde Deutschland den Mächten aus ihrem Schuldverhältnis zu den Vereinigten Staaten auf sich zu nehmen.

9. Deutschland schließt vor, daß über die Art und Weise, wie die deutschen Leistungen zu Reparationszwecken auf die deutsche Gesamtsumme angerechnet sind, insbesondere über die Reihenfolge der Bezahlung und Verzinsung, unter Hinweis auf die Sachverständigen verhandelt wird.

10. Deutschland würde bereit sein, für alle Arten von Kredit den Geblühern in einer vorher zu vereinbarenden Weise aus öffentlichen Einnahmen und öffentlichen Einkünften jedes erforderlichen Garantien zu geben.

11. Mit der Annahme dieser Vorschläge erlöschen sämtliche anderen Verpflichtungen Deutschlands zu Reparationszwecken, auch wird dadurch das deutsche Privatvermögen im Ausland freigelegt.

12. Deutschland hält seine Vorschläge nur für durchführbar, wenn das System der Sanktionen alsbald aufhört, die gegenwärtige Fests der deutschen Produktion nicht noch weiter verringert, die deutsche Wirtschaft zum freien Weltverkehr zugelassen und von unzulässigen Ausgrenzungen entlastet wird.

Diese Vorschläge sollen den jenseits des Rheins Deutschlands besessenen, die Kriegsschäden bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu erziehen. Sowohl die angebotene Summe

wie die Zahlungsverpflichtungen richten sich nach dieser Leistungsfähigkeit. Soweit über deren Bestimmung Meinungsverschiedenheiten bestehen sollten, empfiehlt die deutsche Regierung, sie durch eine allen beteiligten Regierungen gemeinsame Kommission anerkannter Sachverständiger zu lösen. Die Verluste im voraus, durch gutachtliche Entscheidung als bindend anzuerkennen.

Sollte eine andere Form der Vorschläge nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten die weitere Behandlung der Angelegenheit erleichtern, so würde die deutsche Regierung bitten, daß sie auf die Punkte aufmerksam gemacht wird, in denen etwa der amerikanischen Regierung eine Änderung wünschenswert erscheint. Auch würde die deutsche Regierung andere Vorschläge der amerikanischen Regierung bereitwillig entgegennehmen.

Die deutsche Regierung ist zu tief davon überzeugt, daß der Frieden und die Wohlfahrt der Welt von einer solchen gerechten und billigen Lösung der Reparationsfrage abhängen, um nicht alles zu tun, was in ihren Kräften steht, damit die Vereinigten Staaten in die Lage versetzt werden, die Aufmerksamkeiten der allwertigen Regierungen auf die Angelegenheit zu lenken.

Berlin, den 24. April 1921.

Preßstimmen zur Rede Simons

Berlin, 27. April. Von Berliner Tageszeitung heißt Theodor Wolff den aussergewöhnlichen Eindruck der Rede Dr. Simons hervor und betont, daß die in Washington angebotene Vermittlung, selbst wenn sie jetzt nicht zu einem Erfolge führen sollte, die Situation Deutschlands erheblich verbessert habe und für die ganze weitere Entwicklung ungeheuer wichtig sei.

Der Vorwärts teilt mit: Herr Simons habe nicht wie ein Sieger gesprochen und nicht wie ein Prophet, sondern wie ein Mann, der sich nicht überheben will. Das habe ihn nicht gelehrt. Dazu bedarf auch kein Grund. Aber man schaut sich an, daß es nicht anders geht.

Die Freiheit schreibt: Dr. Simons hat in seiner etwas trockenen, sachlichen, aber menschlich verständlichen Art gesprochen. Aber seine Rede war wieder mit dem Gefühl beherrscht, mehr der Jankopostillate der Antisemitik zu dienen. Jetzt ist das Unwahrscheinliche, was darauf zu achten, daß der Boden nicht wieder abgleitet.

Der Berliner Lokal-Anzeiger überschreibt seine Ausführungen: Dr. Simons' Verantwortung. Das Wort nennt die Vorschläge an die Vereinigten Staaten unannehmlich und kritisiert die Forderung der ausländischen Mächte durch Dr. Simons abzuweisen. Jedoch kommt der Lokal-Anzeiger zu dem Schluß: Daß eine Umverteilung der Reparationen nicht in Augenblick unmöglich ist, liegt zu klar auf der Hand, als daß es erst betont werden müßte.

Georg Reinhard laßt in der Reichlichen Zeitung: Von dem Geist des Beschlusses der Ausführung der übernommenen Verpflichtungen Deutschlands macht sich leider ein großer Teil der heutigen Generation noch immer keine richtige Vorstellung. Das Angebot stellt weniger einen wirklichen Versuch dar, als vielmehr ein finanzielles Experiment. Ich kann nur dringend wünschen, daß endlich einmal vielleicht durch den Einsatz der amerikanischen Vermittlung das ganze Reparationsproblem und die Schärfe der politischen Gegensätze in die nächste Arbeitshöhe der wirtschaftlichen Sachverständigen gebracht sein mag.

Die Tagespost kritisiert, daß es vollständig unverständlich ist, daß Dr. Simons, entgegen dem einstimmigen Wunsch des Kabinetts und dem Wunsch der Pariser Führer in seiner Rede diese Industriebetrieblagen in der Form von Gesandten erwiderte und in Aussicht stellte. Die Rede enthält kein Wort von einer solchen fremden Industriebetrieblagen oder Scherzreden und der Meinung des Kabinetts entspricht die Worte Dr. Simons nicht.

Die Deutsche Tageszeitung erklärt: Der Außenminister hat es wieder abgesehen, eine Wahrheitsoffensive in der Schuldenfrage zu unternehmen. Daß der Außenminister nicht ein Wort gefunden hat, das der Bedeutung dieser Frage gerecht würde, ist im nationalen Interesse besonders bedauerlich.

Die Post (Der Tag) überschreibt ihren Artikel: Ein harmloser Sensationsschwallbäumchen und mit u. a.: Unter Clemenceau wäre ein derartiger schwallbäumchen harmlos an der Hand gehalten worden, in Berlin ist er davon über!

Die Berliner Volkszeitung dagegen schreibt: Als Dr. Simons in die Regierungsgelände zurücktrat, drückten ihm Redend und Dr. Simons die Hand. Und damit, daß das deutsche Volk Veranlassung hat, sich diesem Tausch anzuschließen, ungeachtet einiger Meinungsverschiedenheiten an dem Vorschlag.

In der Deutschen Zeitung heißt es: Die Regierung hat den Versuch unternommen, Deutschland bedingungslos zu unterwerfen und es ist nicht ihr Verdienst, wenn dieser Versuch gescheitert ist. Daß Dr. Simons den Vorwurf der Heuchelei nicht zu entziehen vermöge, er wird seinen Deutschen, der Ehre und Vaterland liebt, wiedergutmachen, der in seiner Rede eine Zügellosigkeit und Kluglosigkeit zeigt.

Vertrauensvotum für Briand

Paris, 26. April. Vom Schluß seiner heutigen Kammerrede erklärte Briand, daß die Regierung das Vertrauen des Parlaments beibehalten müsse, wenn sie sich am 30. April zur Londoner Konferenz begeben werde, und er gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Parlament ihm das Vertrauen nicht verweigern werde. Der Abgeordnete erklärte, daß er die Regierung in internationalen Wünschen. Briand verlangte Ablehnung der Interpellation. Er erklärte, daß er seiner Mitteilung nicht beigefügt könne, und stellte die Vertrauensfrage. Die Inter-